

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 10

Duisburg, den 5. März 1921

22. Jahrgang

Zu den Neuwahlen der Betriebsräte

Bei den äußerst erschwerten Verhältnissen, unter denen die Betriebsräte zu arbeiten haben, haben die aus unseren Reihen gewählten Vertreter wohl allerwärts ihre volle Pflicht erfüllt. Sowohl die berechtigten und durchführbaren Anliegen der Arbeitnehmer, sowie der Allgemeinheit sind nach Kräften von ihnen gewahrt worden. Diese Vertreter können des Dankes unseres Verbandes und unserer Kollegen gewiß sein.

Für bedauerliche Fehlgriffe unvernünftiger radikaler Räte müssen wir jede Verantwortung ablehnen. Unsere Grundsätze und Forderungen wie unserem Einfluß sind diese Ausartungen nicht zuzuschreiben.

Wir bedauern es außerordentlich, daß durch diese Entgleisungen an erster Stelle Arbeitnehmer wie ihre Familien selbst, die betroffenen Betriebe, und unsere Wirtschaft geschädigt worden sind, sowie die Mädelde und die Räte an Ansehen und Vertrauen einbüßten. Gegen die Verallgemeinerung solcher Verhältnisse legen wir jedoch entschloßenen Verwahrung ein. Den Fehlgriffen steht gegenüber eine Fülle wirtschaftlicher Erfolge der überwältigenden Mehrheit jener Betriebsvertreter, die sich ihrer Pflicht bewußt waren, oder die wenigstens den guten Willen in der Ausübung des Amtes bekundeten.

Die Ursache der Fehlgriffe liegt hauptsächlich — neben dem falschen Geist, der oft von Arbeitgeberseite oder durch die sozialdemokratische und kommunistische Agitation in die Betriebe getragen wurde — in dem oft schlechten Ausgang der Wahlen begründet. Statt nach dem fähigsten Kandidaten und nach dem besten Mann zu wählen, ist oft nur nach Stimmungen und Schlagworten gewählt worden. Es wurde nicht genügend beachtet, daß ausgebrechene phantastische Maulhelden und Schwadroniere zu praktischer Arbeit unfähig sind. Westschlichkeit, Korruption und glattes Verjagen in der Vertretung berechtigter Arbeitnehmer- oder Wirtschaftsinteressen sind hier und da weitere Folgen dieser schlechten Wahlen gewesen.

Aus diesen Gründen entsteht deshalb die Pflicht, die Neuwahlen der Betriebsvertreter — soweit es noch nicht geschehen ist — vorzubereiten, oder die Wahlen zu einem noch besseren Ergebnis für unsere Bestrebungen zu führen. Und zwar muß dieses allerwärts in jedem einzelnen Betrieb geschehen.

Wir erblicken in der Mädelde ein beachtliches Instrument der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zur Vertretung und Auswirkung ihrer berechtigten Interessen und Bestrebungen. Für die von uns verlangte Mitbestimmung, Gleichberechtigung und Aenderung der Wirtschaftsform ist diese Idee ein guter Anfang. Bei ihrer wichtigen Pflege und Ausnutzung ist die Mädelde auch für den Wiederaufbau und auch für die Veredelung unserer Wirtschaft von hervorragender Bedeutung.

Jede einseitige Diktatur, das sozialdemokratische Massenkampfprinzip, wie verhängnisvolle Betriebs- und Wirtschaftsexperimente lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir ab die falschen wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen der „gelben“ Bewegung, die erfahrungsgemäß die Arbeitnehmerenschaft wieder zu einem Kirchhofsrieden führen würde. Wir wollen den Geist der Arbeitsgemeinschaft auch in den wirtschaftlichen Räten verwirklicht wissen: unter voller Wahrung der selbständigen gewerkschaftlichen Handlungen, wenn eine Verständigung zwischen Kapital und Arbeit nicht möglich ist.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann werden die jetzt zu wählenden Räte vor neue große Aufgaben gestellt. Das Diktum unserer Feinde im sog. Friedensvertrag wird zu weiteren wirtschaftlichen Erschütterungen führen. Ein zu erwartendes Ueberangebot von Arbeitnehmern wird die Verhältnisse in den Betrieben natürlich ungünstig beeinflussen. Die Bestrebungen, ohne Preisenkämpfung Wohn- und Gehälter „abzubauen“, werden dadurch begünstigt. Der Tarifgehalt und andere erzielte Verbesserungen stehen dann vor ihrer Erschütterung.

Die beabsichtigte Durchsichtmachung der Wirtschaft unserer Großunternehmungen, das Betriebs-Bilanzgesetz, die Entsendung von Betriebsvertretern in den Aufsichtsrat, die Probleme der Sozialisierung, der Gewaltenteilung der Arbeitnehmer durch Uebernahme von Aktien oder Geschäftsanteilen, die Rechtsstellung der Arbeitnehmer und Betriebsräte, sowie endlich die Bildung der

Bezirksarbeiterräte, des Reichsarbeiterrats, der Bezirkswirtschaftsräte und die feste Bestellung des Reichsarbeiterrates — alles dieses sind neue gewaltige Aufgaben, woran die jetzt zu wählenden Betriebsräte unmittelbar oder mittelbar interessiert sind. Insbesondere ist der Ausgang der Wahlen mehr oder weniger für die Gestaltung und für den Erfolg dieser Neuerungen und Probleme von entscheidender Bedeutung.

Erfüllen allerwärts unsere Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen ihre Pflicht, dann muß das Ergebnis der zweiten Betriebsratswahlen das der Ersteren noch um ein beträchtliches übersteigen. Die Aussichten dazu sind gut und allerwärts vorhanden! Jetzt heißt es zu handeln! Darum: Auf zu den Betriebsratswahlen!

Arbeitsgemeinschaft

Das Wort Arbeitsgemeinschaft ist bekanntlich den Radikalen ein Stein des Anstoßes, weil sie von ihm eine Schwächung des bekannten revolutionären „Massenkampfes“ befürchten und weil die roten Führer sehr schnell vor der verführten Masse stehen, der sie die Arbeitsgemeinschaft als etwas direkt verabscheuungswürdiges dahinstülften. Das hindert die sozial. Führer aber nicht, in Institutionen mitzumachen, welche innerlich eine Arbeitsgemeinschaft darstellen, äußerlich aber das Wort „Arbeitsgemeinschaft“ nicht tragen. Die Deutsche Werkmeisterzettelung, das Organ des sozialistischen Werkmeisterverbandes, schreibt in der Nr. 46, 1920, über diese Konsequenz der roten radikalen Gewerkschaften:

„Wir haben A. W. beim Eisenwirtschaftsbund, welcher nichts anderes als eine Arbeitsgemeinschaft ist, gesehen, daß eine solche wohl inlande ist. Reichsberathungen herbeizuführen. Es ist sehr bedauerlich, daß der Metallarbeiter-Verband, welcher von der Zentralarbeitsgemeinschaft nichts wissen wollte, zum Eisenwirtschaftsbund sich wieder hinzugegen fühlte und um Aufnahme nachsuchte. Man sieht also hieraus, daß in vielen Köpfen noch manche Unklarheit über die Arbeitsgemeinschaft herrscht, sonst würde man nicht zu solcher Ansehen kommen können. Wenn wir die Arbeitsgemeinschaft ablehnen, so müssen wir auch konsequenterweise zur Ablehnung der Tarifverträge kommen, die doch nur auf Grund einer Arbeitsgemeinschaft möglich sind. Die Folge wäre der Emballismus. Das kann aber keineswegs im Interesse der Arbeitnehmer liegen und ist mit der zu erstrebenden Betriebsdemokratie unvereinbar. Unser ganzer Lebens baum sich ja letztlich auf Arbeitsgemeinschaften auf. Wir brauchen nur an unser Familienleben, an jeden Laut usw. zu denken.“

Die Werkmeisterzettelung ist sich darüber klar, daß das stete Probieren des Massenkampfes nicht zum Besten der Arbeiterschaft ausschlagen würde und sie gibt den Weg für die Arbeiterschaft an, wenn sie in der gleichen Nummer schreibt:

„Ein stetiger Kampf würde die Arbeiter nur noch verstocken machen, und sie würden sich zur Abwehr noch mehr zusammenschließen als wie zuvor. Unser Geist muß fliegen, nicht der Kampf.“

Den gleichen Standpunkt vertritt auch der sozialistische Abgeordnete Boldt, der innerhalb der roten Bewegung auf dem Wirtschaftsgesicht wohl als Fachmann anzusehen ist in einem Aufsatz, welcher die Munde durch die sozialistische Presse machte:

„Solange noch keine andere Organisationsform vorhanden ist, die die Arbeitsgemeinschaft erkennen kann, wäre es unklug, diesen Kampf über zu verlassen. Vielleicht werden die Funktionen der Arbeitsgemeinschaften später überflüssig, wenn das Betriebsrätegesetz weiter ausgebaut worden ist und den Ueberbau der Betriebsräte u. a. erhalten hat. Mindestens für diese Zeit aber ist es im Interesse der Arbeiter direkt selbst die Möglichkeit der Mitkontrolle selbst zu verbarren, an die Dinge heute also noch nicht heranzugehen zu wollen, weil man noch nicht in der Lage ist, damit fertig werden zu können. Der Gedanke der paritätischen Mitarbeit durch die Gewerkschaften ist in Wirklichkeit ein Zentralproblem für den Ueberbau der Wirtschaft überhaupt. Des ist schon im Betriebsrätegesetz dadurch zum Ausdruck gekommen, daß der Arbeiter nicht nur seine Interessen als Arbeitnehmer mitbringt, sondern auch den eigenen Horizont seines eigenen Berufs hinaus für die Gemeinwirtschaft, für die Gesundheit des Volkes fördert und auch darüber mitzuverhandelt. Man redet viel von Sozialisierung und führt das Wort Sozialismus in die Munde, ohne den Mut und die Energie zu finden, an der Entwicklung mitzuwirken, weil man sich auf den Tag verläßt, an dem die Dinge ohne Kampf, ohne Arbeit, von selbst heranzureifen sollen. Deshalb ist es im Interesse der Gewerkschaftsbewegung notwendig, wenn die Arbeitnehmerorganisationen mit ruhigem, nüchternem Verstand die Arbeitsgemeinschaften als den Kampf führen beitragen, auf dem sie ihre Kraft fühlen können, um sich den Aufgaben der Zukunft gewachsen zu zeigen.“

Wir christlichen Gewerkschaftler haben von jeher auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft gestanden, weil wir darin die einzige Möglichkeit sehen, Volk und Wirtschaft wieder hochzubringen. Gerade durch die Arbeitsgemeinschaft konnten die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft mit viel größerer Kraft vertreten werden, als es bei dem „Massenkampf“ der Fall sein kann.

Zur Lage der deutschen Industrie

Dr. v. d. Boom.
III.

Nachteile der Industrieentwicklung. — Die Industrie im Krieg. — Kriegsausgang. — Das Versailles Vertragswerk.

Die Industrie brachte nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, Unternehmer wie Arbeiter, sondern auch für die andern großen Erwerbsstände, Mittelstand und Landwirtschaft, unsehbare Vorteile. Diesen standen allerdings auch nicht zu übersehende Nachteile gegenüber, nicht bloß für den einzelnen, sondern auch für das gesamte Volk, seinen gesundheitlichen und sittlichen Aufbau, seine Stellung im Rate der Völker. Aber man kann rein wirtschaftlich betrachtet doch wohl sagen, daß die Vorteile unserer Industrieentwicklung in Gestalt der Schaffung immer erneuter und erhöhter Lebensmöglichkeiten unseres Volkes überwiegen. Die Nachteile dieser Entwicklung auszugleichen und sie nach Möglichkeit zu beseitigen, war Sache einer fortschreitenden Sozialpolitik, die sich, wie ausdrücklich festgestellt sei, bei sachverständiger organischer Führung durchaus nicht als ein Hindernis auch für die Industrieentwicklung und Sozialpolitik bedingten einander. Ohne Sozialreform keine leistungsfähige Industrie, die die Schlachten auf dem Weltmarkt schlug und ohne eine kapitalstarke, sich aus ihren eigenen Kräften immer wieder verjüngende Industrie keine Sozialreform, die den gesunden leistungsfähigen deutschen Arbeiter Schlag schuf, der ein Unterpfand war vor allem für die Industrie als hochstehende Veredelungs- und Qualitätsindustrie.

Ein intelligentes Arbeiterschaft und ein hochstehendes Industrieerfortum schufen jenes Deutschland, wie es in starker Kraft und schimmernder Wehr vor dem Krieg heute nur noch in der Erinnerung vor uns steht und den Reich der ganzen Welt auf sich zog. Mag man über die Ursachen, die 1914 zu dem grandiosen Weltkriege führten, denken wie man will. Das eine dürfte auch heute noch außer Frage stehen, daß es für ein Industrie- und Handelsvolk wie England in erster Linie Deutschlands wirtschaftliche Größe, die in ihrer Jugendkraft dem älteren englischen Nebenbuhler auf die Dauer gefährlich werden mußte und der blasse Reich auf diese waren, die unsern „Bettler“ jenseits des Kanals zum Eintritt in den Krieg veranlaßten. Dafür ist und bleibt meines Erachtens ein erdrückender Beweis das Versailles Vertragswerk, das, ob gewollt oder nicht gewollt, in seinen letzten Konsequenzen auf eine Vernichtung der deutschen Wirtschaft hinausläuft, womit dann auch der letzte Kriegszweck, den wirtschaftlichen Gegner auf lange Zeit unschädlich zu machen, erreicht wäre.

Kurz und gut, Deutschland erreichte auf dem Gebiete der Warenerzeugung, des Warenabfahes und der Warenverteilung Höchstleistungen, die das Staunen der Welt hervorgerufen mußten. Deutschland in der Welt voran, war mehr als ein bloßes Schlagwort. Der 31. Juli 1914 sah Deutschlands Industrie nun zum letzten Male auf dem Gipfelpunkt ihrer Leistungshöhe. Der Krieg setzte ein und mit ihm für die ersten Wochen ein gewisser Stillstand industrieller Tätigkeit. Allmählich aber machte das Bedürfnis der Kriegswirtschaft eine Umstellung auf den Kriegsbedarf notwendig. Es entstanden die sogenannten Kriegswirtschaften. Statt der beschränkten Arbeitslosigkeit erwuchs eine Hochkonjunktur mit stärkstem Rohstoff- und Arbeiterbedarf. Diese Periode der Kriegswirtschaft, die mit dem sogenannten Hindenburgprogramm, der die Industriedienstleistung und Ausnutzung aller Wirtschaftskräfte für den letzten Kriegszweck zur höchsten Aufgabe sich stellte, ihren Gipfelpunkt erreichte, brachte der Wirtschaft ohne Zweifel eine Reihe Vorteile. Neue Erfahrungen wurden zunächst gemacht, neue Erfahrungen gewonnen. Die Betriebe wurden technisch vervollkommen, die Betriebswissenschaft erfuhr eine starke Bereicherung. Erinnerung sei hier vor allem an die Erfahrungen auf dem Gebiete der Spar- und Erfindertätigkeit, an die ungeahnten Fortschritte in der chemischen Industrie.

Schon während der Zeit der Kriegswirtschaft begann zweitens die Einleitung zu jenen Zusammenstößen, die zur Erreichung höchster Wirtschaftseffekte, wie wir sie namentlich in den letzten Wochen zwischen großindustriellen Werken sich haben vollenden sehen. Haben diese Funktionen in ihren letzten Formen den Zweck, uns über die Schwierigkeiten des Versailles Vertrages hinwegzubringen, so waren sie in ihren Anfängen als Mittel gedacht, uns für den nach dem Kriege einsetzenden Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt noch stärker und leistungsfähiger zu machen.

Wie mir es vor dem Kriege waren. Und dritten trugen die Kriegsgewinne der Industrie starke Verdienste zu, mit denen sie hoffen konnte, nach gewonnenem Kriege die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft wieder erfolgreich vornehmen zu können und für eine kräftige Produktion für Heimatmarkt und Weltmarkt gerüstet zu sein.

Den Vorteilen standen große Nachteile gegenüber. Die Kriegswirtschaft mit ihrer stärksten Ausnutzung des technischen Apparates bei mangelhaften Reparaturen führte zu einem Aufbau eben an diesem technischen Betriebsapparat. Die Ergebnisse sehen wir am stärksten heute in den heruntergewirtschafteten Eisenbahnen, Bergwerken. Die Kriegswirtschaft demoralisierte viertens in unerwartet starkem Maße. Treue und Glauben, einst die höchsten Tugenden im industriellen und sonstigen Geschäftsleben, wichen vielfacher schmutziger Geschäftspraxis, streußellosem Betrug und niedriger Erwerbsucht. Das Sündenbrotprogramm endlich legte, wenn auch ungewollt, in letzter Linie den Untergrund für spätere Gläubigerscheinungen, ungehemmter Preistreiberien, Wucher etc. Es verschärfte die Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberern, alles Dinge, die erst recht in der Revolution zum vollen Ausbruch kamen und sich in ihren schlimmsten Wirkungen erst noch zeigen sollten.

Der unglückliche Ausgang des Krieges stellte die deutsche Industrie vor ganz neue Aufgaben. Was wir mit der Sehnsucht eines deutschen Herzens erhofft, einen Sieg der deutschen Waffen, er trat nicht ein. Die ungeheure Uebermacht der Feinde überwand beispiellose deutsche Tapferkeit. Eine Demobilisation, wie man sie bei natürlichem Abschluß des Krieges vorgesehen hatte, konnte nicht eintreten. Den Anschluß an die neue Welt gewann die Industrie durch das November-Ultimatum 1918 mit den Gewerkschaften, um diesen auf einmal die Erfüllung einer Reihe wichtigster sozialer Forderungen und Errungenschaften für den Arbeiterstand bringen. Und doch ging die Umstellung der Industrie von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft verhältnismäßig viel schneller vor sich, als man ursprünglich wohl hätte erwarten mögen. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hätte sich angestrichelt dessen vielleicht relativ leichter vollziehen können. Da aber kam die Revolution und wälzte durch die üblen Revolutionäre Entscheidungen der Arbeiterklasse, der politischen Streiks, des Auskommens des Schieberturns, durch wachsende Währungsverschlechterung einem Wiederaufbau schwerste Hindernisse in den Weg. Einer unmittelbaren Wiederaufnahme des Handelsverkehrs stand die bis Mitte 1919 fortdauernde Blockade entgegen.

So also konnte sich die deutsche Industrie nicht zu dem neuen Aufschwung erheben, der, wäre die Revolution nicht gekommen, ihr eher möglich gewesen wäre. Zu einer Fessel aber, die ihr auf Jahre lang das Atmen und ein volles Wiederaufkommen aufs äußerste erschwert, muß ihr aber der sogenannte Friedensvertrag von Versailles mit allem, was er bisher im Gefolge gehabt hat und vielleicht noch bringen wird, werden, der wie ein Alp auf der deutschen Wirtschaft liegt und in letzter Linie den Schlüssel bildet zu all dem schweren Wirtschaftsklumpen, unter dem wir heute seufzen und für absehbare Zeit zu seufzen haben werden. Kein frohes und freies Wiederaufatmen wird uns beschieden sein, solange das sogenannte Friedenswerk von Versailles in der bestehenden Form sich auswirken kann. Und wenn wir immer wieder eine Erklärung für diese oder jene trübe und schlimmere Erscheinung in unserem Wirtschaftsleben suchen, immer wieder werden wir fast zwangsmäßig auf das Versailler Vertragswerk zurückverwiesen als die Grundursache, in der alles Uebel und die Schwere unseres ganzen Daseins wurzelt.

Sozialistische gewerkschaftliche Arbeit

Wie in dem radikalen roten Lager gewerkschaftliche Arbeit zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrieben wird, zeigt die Nr. 20 der „Noten Jahne“, Berlin, die nachstehend im gewerkschaftlichen (!) Teil folgende Sachen bringt:

1. Aufruf des Bezirksverbandes der R. A. P. D. Berlin-Brandenburg an die Mitglieder, sich in allen Betrieben zusammenzuschließen und überall kommunistische Fraktionen zu bilden. „Es muß in jedem Betrieb eine kommunistische Fraktion bestehen.“
2. Die Aufforderung an den Deutschen Eisenbahnerverband, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um den Nachweis der Stärke des Kommunismus im D. E. B. zu erbringen.
3. Der neue „Mas“ des sozialist. Bergarbeiterverbandes, der verfügt, daß auch Mitglieder sich ohne weiteres außerhalb des Verbandes stellen, die
 1. an Bildung kommunistischer Zellen oder Fraktionen sich beteiligen oder sie fördern,
 2. an Konferenzen teilnehmen, die von kommunistischer Seite einberufen und gegen die Organisation gerichtet sind,
 3. als Kandidaten für die kommunistischen Wahlen sich aufstellen lassen oder für sie agitieren und
 4. die Einheitsfront und die nötige Verbandsdisziplin durchbrechen.

Die Ziffern 3, 2 und 1 sind glatte Unnahmensbestimmungen gegen die Kommunisten, denn die Mitglieder der übrigen Parteien von Herrn Due angefangen tun das, was hier den Kommunisten verboten wird, seit langem ungenutzt und in aller Offenbarkeit. Unsere Genossen werden sich natürlich durch solche blödsinnigen Verordnungsversuche nicht einen Augenblick von ihrer auf die Stärkung der Gewerkschaften hinzielenden Arbeit abhalten lassen.

4. Den Beschluß der Berliner Funktionäre und Betriebsräte des Deutschen Bergarbeiterverbandes,

„Ihre ganze Kraft einsetzen zu wollen, daß alle Gewerkschaften zu dem im Mai stattfindenden Kongress des Internationalen Rates in Moskau Delegierte entsenden. Wir wollen nicht unseren russischen Brüdern platonische Liebeserklärungen machen, sondern gemeinsam mit ihnen auf diesem Kongress die Richtlinien beraten, nach denen in allen Ländern der Kampf einheitlich und geschlossen geführt werden muß, wobei den Verhältnissen der einzelnen Länder Rechnung getragen werden muß.“

5. Vorbereitungen zur Beschickung der kommunistischen Metallkonferenz der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter und zum Widerstand gegen die Beschlüsse des erweiterten Rates „Sympathisierende Kollegen und Kolleginnen“ werden besonders gewünscht.

Das nennt man im radikalen Lager gewerkschaftliche Arbeit. Geschweige denn sollen reaktionäre Unternehmer einer gewissen „Arbeiter“ Gruppe die Unterstützungsgelder entzogen haben, da die Radikalen ohne Unterstützungsgelder an der Verbesserung der deutschen Arbeiterschaft mit viel „besseren“ Mitteln arbeiten, zumal ihnen die Moskauer Missionen zur Verfügung stehen. Die politische Taktik der Radikalen und ihr geringes gewerkschaftliches Können hat Dugende verlorene Streiks auf dem Gewissen, für die sich die sozialistische Arbeiterschaft bei ihnen bedanken kann.

„Der Deutsche“

So wird der Name unserer neuen christlich-nationalen Tageszeitung lauten. Er mag zunächst etwas unausgesprochen klingen. Bei näherem Überlegen wird man finden, daß er am besten ausdrückt, was Menschenart und Ziel des neuen Blattes sein soll. Einfach, einfach „Der Deutsche“. Keinen Sonder- und Klasseninteressen dienlich.

Deutsche Politik schiedlich will er treiben. Deutsch in der Ausprägung, die wir dem Worte geben: Christlich, sozial, national und demokratisch.

Alle Kräfte unseres Landes, denn die Kräfte der armen Welt ist, der armen Menschheit, der inneren, äußeren, Fragen, die verschieden in die Hände der Wissenschaft und Wirtschaft werden in dem Maße eine Einheit und tiefe Andeutung erfahren für jeden, der im Kampfe der Weltanschauungen steht — und das sind wir alle — wird das Blatt einfach unentbehrlich sein.

Besonders die führenden Kräfte in der Bewegung, die Vorkämpfer, Vertrauensleute, Betriebsräte usw., sollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, an dieser Quelle ihre Bildung zu vertiefen und ihr Wissen zu erweitern.

Der Bezugspreis beträgt 7.50 M. für den Monat und 22.50 M. für das Vierteljahr. Anmeldungen zum Abonnement bei den Ortsverwaltungen. . . .

Wegweiser für Arbeitervertreter

Wilhelm Mauer.

III.

7. Die Betriebslehre.

Die Organisation einer modernen Betriebsleitung ist geradezu verblüffend. Ein Einblick in dieselbe ist für unsere Vertreter wie für alle Arbeitnehmer unbedingt erforderlich. Wenngleich auch in nachstehendem die Betriebsorganisation von einer modernen größeren Maschinenfabrik beschrieben wird, so finden wir doch fast alle die Funktionen der einzelnen Organe in jedem, ja selbst im kleinsten Betrieb, auch dann, wenn nur einige wenige oder auch nur eine Person dieselben zu erledigen hat. An der Spitze der als Beispiel gewählten Maschinenfabrik steht mit starrer zentralistischer Gewalt über den Betriebsorganisator der Generaldirektor an der Spitze. Ihn unterstützen zunächst Subdirektoren und weiter stehen ihm unmittelbar zur Seite der Direktionssekretär, der Sozialdirektor, das statistische Büro und die Personalabteilung. Dieser gesamten Betriebspitze folgt dann ein dreiteiliger Unterorganismus, die kaufmännische, technische und Werkstättenleitung. Der Chef der kaufmännischen Leitung übersteht der Buchhaltung, Kasse, Korrespondenz, Abt. für Materialeinkauf, Magazinverwaltung, dem Rechnungsbüro und der Versandabteilung. Der Chefingenieur leitet das Konstruktionsbüro und das Prüfbüro. Dem Betriebescheff ist nochmals ein doppelter Betriebsunterorganismus unterstellt, so der Bürovorsteher mit dem Auftragsbüro, Stellenbüro, Lohnbüro, der Faktulation und der Nachfaktulation; ferner der Werkstatteiter mit dem Werkstattschreiber und die Werkmeister für die einzelnen Abteilungen wie: Modellschreinererei, Formerei, Eiserei, Dreherei, Bohrererei, Fräseerei, Hobelei, Montage usw. Die Aufgaben und die Tätigkeit all dieser Personen und Organe müssen unsere Vertreter selbstverständlich allgemein kennen lernen, denn sie haben sich ja mehr oder weniger mit diesen zu beschäftigen bzw. mit diesen Stellen oder Funktionen ihre Aufgaben zu erfüllen.

St der Betriebsorganisator einer einfachen Maschinenfabrik aber schon so umfangreich und fein, wie muß derselbe erst beschaffen sein in einem Riesenbetrieb? Diese Großbetriebe haben ihre eigenen Erzeugnisse, Kesselwerke, Kohlenzechen, Kokerereien, Hochofen, Stahlwerke, Walzwerke, Maschinenfabriken oder sonstige Betriebe für Fertigwaren, ferner eigene Gas- und Elektrizitätswerke.

Schiffe, Eisenbahnen, große Bauabteilungen, Reparaturbetriebe usw. Dazu liegen oft die so vereinigte Werke weit auseinander, und sind die Verhältnisse derselben sehr verschieden. Und doch müssen wir auf diesem großen Organismus Rechnung tragen und ihn in der gerechtesten Weise beobachten helfen.

Es müssen ferner geläufig sein die Begriffe, das Wesen und die Praxis der Faktulation, der Abrechnungsmethoden, der Inventuraufnahme, der Buchführung und der Bilanz. Dieses sind wohl die wichtigsten, aber auch die schwierigsten Aufgaben, die an uns gestellt sind und worüber ein einzelner Vortrag nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Wir wollen hier nur daran erinnern, daß die Faktulation durch genaue Berechnung, mehr jedoch durch geschätzte Schätze erfolgt. Zu berücksichtigen sind dabei der Materialwert, Arbeitslohn und die „Generalunkosten“. Von großem Wert ist hierbei das Faktulationssystem und die Art der Löhnung. Wegen der Fülle der Fragen, die hier auftauchen, kann nicht näher darauf eingegangen werden. Ebenso ist dieses auch der Fall bei der Inventuraufnahme, bei der Buchführung und der Bilanz. Die Soll-, Haben- und Saldo-posten bei der einfachen Buchführung, die Aktiva- und Passivkonten der doppelten Buchführungsarten, die Einstellung der Inventuraufnahme, die Amortisation und Abschreibung, die offenen und stillen Reserven, die Debitoren und Kreditoren, die Feststellung des Roh- und Reingewinnes, die Gewinn- oder Verlustverteilung, die Beziehungen zu Hypothekenaufkäufer und -schuldner, zu den Banken usw., eröffnen hier für unsere Vertreter, umfangreiche und eingehende Studien, die je bei den verschiedensten Formen der Unternehmungen noch besonders berücksichtigt werden müssen.

Die gesteigerte Einföhrung des sogenannten Taylorsystems und die Verwirklichung der Taylorpsychologie im Betrieb stellt uns vor neue große Aufgaben. Das Taylorsystem will bekanntlich die Betriebskräfte, Materialien, Maschinen und Arbeiter in beschleunigtere Tätigkeit setzen. Mit weniger Aufwand soll viel erreicht werden. Arbeit und Kraft soll schärfer und durch besseres technisches Denken und Handeln ersetzt werden. Für die ungeheuerlich großen technischen Fortschritte müssen wir Verständnis zeigen und dürfen uns der Einführung grundsätzlich nicht entgegenstemmen. Aus Arbeitnehmern kann es nur erwünscht sein, wenn beispielsweise die Geschwindigkeit einer Maschine so weit gesteigert ist, daß dieselbe 30 000 Umdrehungen in einer Minute macht, oder wenn, wie in den modernen Hochöfen durch weitere Verwertung von überschüssigen Gasen, Abdämpfen oder durch elektrische Umleitungen geradezu fabelhafte Ergebnisse erzielt wurden. Wir haben auch nichts dagegen einzuwenden, wenn der Mensch durch die Erfahrungen der Wirtschaftspychologie nach seinen Kräften, seiner Geschicklichkeit, seiner Berufsfähigkeit und seinen seelischen Funktionen untersucht und dann erst an den richtigen Platz gestellt werden soll. Nach den üblen Erfahrungen, die seither vorliegen, wo die Berufswahl oft dem Spiel des Zufalles überlassen blieb, haben wir nichts dagegen, wenn jetzt eine besondere Auslese durch Eignungsprüfungen vorgenommen wird. Wir verlangen aber, daß dieses nicht nur nach unten, sondern auch nach oben geschieht. Wo aber Licht ist, da gibt es auch Schatten! Gegen Ueberspannungen und Ausgeburten muß unter allen Umständen Front gemacht werden. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß, wenn sie den Finger reißt, von lastrückenden Arbeitgeberern oft die ganze Hand von ihr gefordert wird. Hier eine Grenze zu setzen, die berechtigten Arbeiterinteressen zu wahren, dazu sind wiederum unsere Vertreter berufen. Sie müssen daher auch mit diesen Neuerungen eingehend vertraut sein, um den Weizen von der Spreu unterscheiden zu können.

Bei der Erörterung all dieser Betriebsfragen ist es auch von Belang, besonders festzustellen, wie der Arbeitnehmer zum Betrieb, zur Arbeitsmaschine, zum Arbeitgeber, Vorgesetzten, Mitarbeiter und zu ihrer Vertretung steht, oder stehen soll und umgekehrt. Die Herausarbeitung der grundsätzlichen Stellung zu diesen Fragen wird ebenfalls über manche Schwierigkeit hinweghelfen.

Dumping

Aus dem Ausland kommen wieder, ähnlich wie vor dem Kriege, Klagen über Schleichexporte der deutschen Ausfuhr. Von einem solchen, im Sinne des Dumping, d. h. eines bewußten Verkaufens zu Auslandspreisen, die gegenüber den Inlandspreisen billiger sind, kann aber kaum die Rede sein. Vornehmlich nicht, seitdem die Außenhandelsstellen in Betrieb sind und die Ausfuhr genehmigung von der Erzielung bestimmter hoher Preise abhängig machen.

Daß insbesondere auch England keine Ursache hat, sich über übermäßige Ueberflutung seines Marktes mit deutschen Waren zu beklagen, legt in der Zeitschrift des deutschen Außenhandelsverbandes, des früheren Handelsvertragsvereins, „Deutscher Außenhandel“ (1921, 25. Januar) Reichshandelsminister a. D. Gotheln auf Grund der englischen Ein- und Ausfuhrstatistik dar. Die deutsche Ausfuhr nach England ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit der Menge nach sogar als „gering“ zu bezeichnen. Dem Werte nach machte sie für den zuletzt feststellbaren Zeitraum des 3. Quartals 1920 nur 43,75 Prozent des Wertes der Vorkriegszeit aus, während die Ausfuhr englischer Waren nach Deutschland über 45 Prozent des Wertes der früheren Ausfuhr erreichte, im vorerwähnten Quartal sogar nahe an 60 Prozent heran.

Dagegen ist außerordentlich bemerkenswert, wie sehr England im Handelsverkehr mit Deutschland ständig an Boden verliert gegenüber den aufstrebenden Niederlanden. Diese führten im ersten Halbjahr 1920 aus Deutschland allein für 415,16 Millionen Gulden ein. Da unsere Ausfuhr dorthin im zweiten Halbjahr noch beträchtlich gestiegen ist, kann man annehmen, daß sie für das ganze Jahr mindestens 900 Millionen Gulden betragen haben wird, das würden etwa 1,5 Milliarden Goldmark sein gegen 693,5 Millionen Mark im Jahre 1913. Die niederländische Ausfuhr nach Deutschland betrug im ersten Halbjahr 1920 etwas über 200 Millionen Gulden oder rund 1/3 Milliarde Goldmark. 1913 betrug sie für das ganze Jahr 333 Millionen Goldmark; sie hat sich also gerade verdoppelt. Holland ist damit für den deutschen Außenhandel das weitaus wichtigste Land geworden.

Aus diesen Ziffern geht aber auch hervor, wie sehr speziell die Neutralen ein Interesse daran haben, daß Ausfuhrabgaben verhütet werden, die — wie jene von 12 1/2 Prozent nach dem Willen der Pariser Beschlüsse — insbesondere den neutralen Gesamtmarkt, der zu einem guten Teil Durchfuhrhandel ist, besonders empfindlich treffen würden.

Comet aber ein Dumping eine Folge von Valutaberhebungen ist, kann man der deutschen Wirtschaft am wenigsten deswegen einen Vorwurf machen. Das beste Mittel gegen ein Valutadumping ist eine Stabilisierung unseres Marktkurses. Und wenn das Ausland an der Herstellung eines solchen mithilft, dann bekämpft es jenes Dumping wirksamer, als mit Wapperrungsmaßnahmen, die nur dem naturgemäßen Güterausfluß der Völker im Wege stehen und eine Wiedergeburt der Welt erschweren.

Streiflichter

Die evangelischen Arbeitervereine des Kreisverbandes an der Ruhr.

hielten am 1. d. M. im „Deutschen Hof“ zu Königsstele, eine Sitzung des Kreisverbandes, unter Leitung des Kreisvorsitzenden, Herrn Pastor Eichholz, Kupferdreh, ab. Im Punkt 1 der Tagesordnung, Wahlen zum Kreisratschluß und Verbandsausfluß, erklärte der langjährige Vorsitzende, daß er leider nicht in der Lage sei, den Posten eines Vorsitzenden weiter bekleiden zu können, und bat daher dringend, von der von allen Seiten einmütig gewünschten Wiederwahl seiner Person abzusehen zu wollen. Herr B. Meuter, Niederwengern, nahm hierzu Veranlassung, dem Vorsitzenden für seine mustergültige 13jährige Kreisleitung den herzlichsten Dank abzusprechen, dem die Versammlung lebhaft zustimmte. Zu Mitgliedern des Kreisratschlußes wurden gewählt: H. Lang, Königsstele, 1. Vorsitzender; Minnau, Gray, 2. Vort.; K. Reuter, Niederwengern, 3. Vort.; Emsch, Kupferdreh, 1. Schriftführer; Klages, Dohlfar n. 2. Schriftführer; Schlandrew, Langenberg, Kassierer; Munkewald, Gattlingen, 1. Beisitzer; Brücker, Kran, 2. Beisitzer; Achsenacker, 3. Beisitzer. In den Verbandsausfluß wurden gewählt: H. Lang, Königsstele; Sidon, Königsstele; Munkewald, Gattlingen; Rohde, Heberhuth; E. Eichholz, Kupferdreh; B. Müller, Langenberg; Stecker, Werden-Stadt und Brücker, Kran. Der alsdann erstattete Stellenbericht gab dem Kreisratschluß Veranlassung, die Kreisbeiträge von 5 auf 25 Pf. je Mitglied zu erhöhen. Hierauf hielt der Abgeordnete, Generalsekretär Martin, Willen, einen Vortrag über Deutschlands Bilanz und Deutschlands Vernichtung. Aus der Mitte der Versammlung wurde im Anschluß an den Vortrag die nachstehende Entschließung verlesen und einstimmig angenommen:

Die am 1. Februar 1921 in Königsstele zu einer Kreisverbandssitzung versammelten Vertreter der Evangelischen Arbeitervereine des Kreisverbandes an der Ruhr nahmen nach einem Vortrage des Abgeordneten und Landtagsabgeordneten Martin, Willen, folgende Entschließung an:

Die unerhörten Milliardenforderungen und Strafmaßnahmen der Pariser Konferenz haben aller Welt klar gezeigt, daß die Urheber des undurchführbaren Friedensvertrages von Versailles und des für uns Bewohner der Ruhrlandes täglich verhängnisvoller werdenden Speer Kohlenbittens allen Stimmen der Vernunft zum Trotz noch weiter am Werke sind.

Deutschlands Ackerboden, am 75 000 Quadratkilometer verringert und durch die Kriegswirtschaft ausgepörrt, vermag unser Volk nicht mehr zu ernähren und die Entwertung des Geldes erschwert die Beschaffung ausländischen Getreides. Die Unterernährung weiter Volksschichten namentlich auch die Abgabe der Milchkuhe zeigt ihre bösen Wirkungen in der Zunahme der Sterblichkeit der Säuglinge und Kleinkinder, sowie in der erschreckenden Ausbreitung der Tuberkulose. Der Mangel an Rohstoffen, die Enteignung unserer Kolonien, die Lehmung des Schiffsverkehrs, die Wegnahme der Saargruben, die ungeheure Kohlenabgabe an die Fremdmächte, droht unser Wirtschaftsleben zu zerstören und steigert infolge Stilllegung mancher Betriebe die Zahl der Arbeitslosen schon jetzt auf 3 Millionen. So erheben wir denn entsetzten Einspruch gegen den Gewaltstreich von Versailles, das Kohlenbittens von Spa und die letzten Milliardenforderungen und Strafmaßnahmen des Obersten Rates von Paris, die unser Land völlig zum Bettelstaat und unser Volk zu einer Elanverheerung machen und nicht nur Mitteleuropa sondern das ganze Abendland in der wildswegenden Zeit in ein Chaos verwandeln würden.

Allen menschlich und christlich fühlenden Männern und Frauen des Auslandes rufen wir zu: Helft uns, ehe es zu spät ist!

Nationalismus und Gewerkschaftsarbeit.

Das Korrespondenzblatt: des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 18. Dezember v. J. bringt einen Bericht zur Urabstimmung über die Beitragsverhöhung im „freien“ Metallarbeiterverband, der ein eigenartiges Licht auf den gewerkschaftlichen Geist wirft, welcher innerhalb dieses von kommunistischen „Jellen“ stark durchdrungenen sozialdemokratischen Verbandes herrscht. Von den 170 000 Mitgliedern haben nur 210 210 abgestimmt. Davon stimmten 207 450 für die Erhöhung der Beiträge und der Streitunterstützung und 102 751 dagegen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde also knapp erreicht. Nun sollte man meinen, die für die „Mittler“, d. h. für Streiks und Ruzsche, stets so begeisterten roten Hochburgen des Metallarbeiterverbandes hätten mit Wangen für die Beitragsverhöhung, als Voraussetzung der Erhöhung der Streitunterstützung, gestimmt. Weit gefehlt! Das Ergebnis der Abstimmung zeigt jedem denkenden Arbeiter und das Korrespondenzblatt bestätigt es ausdrücklich: „Je radikaler der Genosse, um so schlechter der Gewerkschaftler.“ Das Korrespondenzblatt schreibt ferner: „Die Zweidrittelmehrheit war nur möglich, weil die kleinen Städte und das blaue Land für die Erhöhung der Beiträge stimmten.“ In Berlin,

Sambora, Gplingen und Halle war eine erhebliche Mehrheit gegen die Beitragsverhöhung. Ueber das Berliner Datum läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Aufsallend ist vor allem die Verwaltungsstelle Berlin. Hier hat fast nie mit eigenen Mitteln auskommen können, sondern mußte stets von den kleinen Verwaltungsstellen annehmen werden. Die Berliner Mitglieder halten dies wohl für eine pure Selbstverwirklichung. Neutral sein und selber hohe Beiträge zahlen, sind selten Dinge, die sich miteinander vereinbaren lassen. Das hat auch diese Abstimmung erwiesen.“

Dazu bemerkt das „Zentralblatt“: Was wir schon immer betont haben: Nationales Wohlwollen und opferwillige gewerkschaftliche Arbeit zum Wohle der Arbeiterklasse passen zusammen wie die Faust aufs Auge. Die losenbewachten Berliner machen mächtig in „Massenlämp“, und die weniger aktionsklüsteren Metallgenossen in den kleinen Städten und auf dem platten Lande müssen die Hauptlast der Kriegskosten tragen. Ob die letzteren angesichts dieser „Arbeitsteilung“ nicht doch endlich stuhig werden?

Dikmann vor die Schranken!

Das ist der Ruf, mit dem die Moskauerhänger der Vorhänden des sozialistischen Metallarbeiterverbandes uns Leber wollen. Bekanntlich geht das Bestreben Moskaus darauf hin, den größten der deutschen sozialistischen Verbände nach Willkür des Regimes zu regieren. Sie legen die bekannten „Kommunisten“ hinein und als die Zeit erfüllt ist, eine man dazu über eine eigene kommunistische Fraktion der Metallarbeiter zu bilden. Das ließ sich natürlich der Vorstand des Metallarbeiterverbandes nicht gefallen und drohte diejenigen mit dem Ausschluß, die auf dem Boden Moskaus sich betätigten. Darauf beriefen die Kommunisten auf den 28. Februar nach Berlin eine Reichskonferenz, um die Spaltung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes endgültig vorzunehmen. Ihren Aufruf begleiteten sie mit folgender Aufforderung an Dikmann:

Darüber hinaus und damit sich die unterzeichneten Vertreter des Aufrufes des Vorstandes des von den Vorhänden der Einberufer der Reichskonferenz persönlich übergeben können, fordern wir die Mehrheit des Vorstandes des D. M. A. öffentlich auf, Robert Dikmann oder einen anderen Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden. Wir sichern dem Vertreter der Mehrheit des Vorstandes Redefreiheit zu. Die Minderheit des Vorstandes des D. M. A. ersuchen wir gleichfalls, einen Vertreter zu entsenden, dem wir ebenfalls Redefreiheit zusichern. Wir glauben durch diese öffentliche Aufforderung, die uns unterthörenden Tendenzen im Aufruf der Mehrheit des Vorstandes des D. M. A. durch unseren Aufruf zur persönlichen Teilnahme an der Reichskonferenz unter Aufsicherung der Redefreiheit auf das richtige Maß zurückzuführen zu haben. Wenn die Mehrheit des Vorstandes dem Mut aufbringt, dann soll sie ihren Vertreter zur Reichskonferenz entsenden!

Hic Rhodus, hic salta!

Der Fraktionsvorstand für die Metallarbeiter der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen der Umstände, das diese Aufforderung der Kommunistischen Metallarbeiter an den Mann ergibt, der 1917 auf der Kölner Generalversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes dem alten Vorstand mit Schläge an der Spitze das Wort entgegenstehende: „der proletarische Massenkampf steht über gewerkschaftlicher Disziplin“ und der zur Revolutionierung des Metallarbeiterverbandes aufforderte.

Er hat es satt.

Bei den einsichtigen Sozialisten zieht das Schlagwort nicht mehr. Sie wollen positive Arbeit leisten. Aber da stoßen sie in der Sozialdemokratie auf taube Ohren und dann wenden sie sich angeekelt weg.

So einer ist auch der gewesene sozialistische Redakteur Otto Schmahmann. Kampfmüde und enttäuscht zieht er sich in einer geharnischten Erklärung der „N. F. Ztg.“ von seinen bisherigen Genossen zurück. Schmahmann, der ehemalige braunhängerische Schriftleiter der „Volksmacht am Ruhrsee“, der dann zur „Winterthurer Arbeiterzeitung“ und dem „Freien Wargauer“ überging, war einer der Schärften der Schärfen, der mit größter Wut gegen alles Bürgerliche Feuer und Flammen war. Sein Abschiedsgruß an die Sozialdemokratie gipfelt in folgenden Worten:

1. Die sozialistischen Arbeiter werden von ihren Führern mit Schlagwörtern behandelt. Das ist ihre geistige Nahrung.
2. Die Sozialisten sind nicht grundsätzliche Gegner des Militärs, sondern nur des bürgerlichen Militärs. Sie streben eine rote diktatorische Militärgewalt an.
3. Die sozialistischen Arbeiter wissen nicht, wohin man sie führt; sie sind arme Versäufte. Das sagt einer, der es wissen muß.
4. In besserer Einsicht lehnt Schmahmann heute die materialistisch-magische Geschichtsauffassung ab.

Auch Genosse Schmidt

der gewesene Reichswirtschaftsminister und ein alter Praktiker schwart mit trübem Blicken auf die Unmöglichkeit, das sozialistische Wirtschaftsideal zu erfüllen. Er spricht:

„Die meisten (Genossen) haben wohl in der Vorstellung die gesteigerte Wohlfahrt in ihren Zukunftsbildungen eingestellt, aber nicht die Voraussetzung der wachsenden Ertragsfähigkeit der Arbeit. Deshalb fehlt auch nicht die Enttäuschung in der sozialistischen Betrieben. Bei richtiger Würdigung der Darstellung im Programm kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Voraussetzung für die gesteigerte Wohlfahrt die wachsende Ertragsfähigkeit der Arbeit erst nach genauer Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaftsordnung eintreten kann. Die Sozialisierung des einzelnen Betriebes ändert wenig an dem Allgemeinstand. Deshalb macht man sich auch von einer unmittelbaren Ueberführung der kapitalistischen Produktion in eine Warenproduktion, für und durch die Gesellschaft betriebene eine durchaus irrtümliche Vorstellung über die ökonomische Wirkung auf das gesellschaftliche Wohlfahrt; zumal wenn die Ertragsfähigkeit der Arbeit, wie gegenwärtig, sinkt.“

Hier also wird bedächtig mit Wasser gelöscht von einem Praktiker, während die Schlagwörter alle sozialistieren wollen.

Die Arbeiterschaft in Rußland.

Die Arbeiter in Rußland wollen annehmend nicht mehr. Eine Regierung, welche den Arbeiterschutz für Sentimentalität erklärt, verliert auch in den Augen der Dummen ihre Giltigkeitsberechtigung. Die Moskauer „Brawda“, das Hauptorgan der Kommunisten, bringt in ihrer Nr. 27 vom 8. Februar eine zusammenfassende Schilderung der Moskauer Gouvernementskonferenz der Metallarbeiter, die tiefen Einblick in die oppositionellen Stimmungen der Arbeitermassen gewährt. Diese Konferenz ist, wie das Blatt bemerkt, die erste, die in den drei Jahren der Revolution auf Grund einer breiten Vertretung der parteilosen Arbeitermassen einberufen worden war. Die tausend Konferenzmitglieder traten den Rednern, die den kommunistischen Standpunkt verfochten, sehr gereizt entgegen und ließen sie fast gar nicht zu Worte kommen. „Man hörte

nur denjenigen willig zu, die die Mängel des Sowjetapparates ungenügend geißelten.“ Man traute dem Parteipräsidenten nicht und beauftragte die Ergebnisse der Sitzungsarbeiten. Das Verhalten gegenüber den eigenen Gewerkschaftsorganen zeigte von noch tieferem Mißtrauen.“ Die Konferenz betonte mehrmals demonstrativ ihre Parteiloyalität.

„Man sollte“, schreibt die „Brawda“, „daß der Bruch der Massen mit der Partei und den Gewerkschaften ein völliger war. Die menschenwürdigen und sozialrevolutionären Arbeiter bezeichnen die Konferenz nicht zu überzeugen, daß an den Verlangungsschwierigkeiten die Kommunisten und das vorzeitig eingeführte sozialistische System schuld seien.“ Ganz wörtlich wurde sogar daraus die Folgerung gezogen, daß man sich in die Arme der Bourgeoisie werfen müsse. Auch Antikommunistische Stimmungen traten zutage und ein Redner ließ sich, ohne Widerspruch zu finden, über die Zubelehrtheit in den Wirtschaftsorganen aus. Die Konferenz vereinigte sich unter der gegen die oberen Schichten der Partei und der Gewerkschaften und gegen die „Spezialisten“ gerichteten Parole „Genau der Brivilegien“ und faßte in diesem Sinne scharfe Resolutionen.

„Immer wahr ist nicht ewig, so scheint es auch mit der Volkswirtschaftlichkeit zu sein.“

Aus der Wirtschaft

Die Fusionbewegung in Deutschland.

hat ein neues eigenartiges Gesicht gezeitigt. Die A. E. G. und die Linde-Hofmann-Werke sind bekanntlich übereingekommen, 20 Millionen Mark junge Aktien miteinander auszutauschen. Diese neue Kombination ist nach verschiedenen Richtungen hin bemerkenswert.

Das Hauptarbeitsgebiet der Linde-Hofmann-Werke ist der Bau von Lokomotiven und Waggonen. Die Gesellschaft hat dazu große Anlagen bei Breslau und aus der Uebernahme von Verbrennung in Köln-Ehrenfeld. Die Gesellschaft hat in Lokomotiven und Waggonen eine große Stellung; sie kann jährlich 300 Lokomotiven und 3000 Waggonen bauen. Die A. E. G. baut ebenfalls Dampflokomotiven. Es bildet sich also nun in der Lokomotivindustrie ein großer Arbeitsblock, und zwar mit Einschluß an ein leistungsfähiges Rohstoffwerk. Die Linde-Hofmann-Werke sind aber auch dabei, Einrichtungen für den Bau schwerer elektrischer Lokomotiven zu schaffen. Sie werden dadurch eine starke Konkurrenz für die A. E. G. Die neue Kombination bedeutet also eine Antikommissionierung von Kräften in der Herstellung auch von elektrischen Lokomotiven. Vor allem aber schreitet die Elektrifizierung der Bahnen im Auslande voran, und der Bedarf an Eisenbahnmaterial nach dem Kriege ist groß. Für die Ueberführung bedeutender ausländischer Anträge wird somit eine breite Fabrikations- und Finanzbasis geschaffen.

Die Linde-Hofmann-Werke haben für die A. E. G. aber auch sonst eine Ausdehnungsstrategie befolgt. Seit vorinem Jahre kontrollieren die Linde-Hofmann-Werke nämlich die Leuchhammer-Gesellschaft. Die Leuchhammer-Gesellschaft ist eine Kombination von Braunkohle, Stahl, Elektrizität und Fertigfabrikation. Ihre Leistungsfähigkeit in Stahl beträgt etwa eine vierelbillion Tonnen. Die Gesellschaft fabriiziert auch Bleche, Rohläufe und Wägen, also Materialien, wie sie von Linde-Hofmann abverkauft werden. Das ist ein Werk der Fertigfabrikation, wie es Linde-Hofmann in der Hand auf ein Rohstoffwerk legt, kommt schon schwer vor, der umgekehrte Vorgang. Nebenfalls hat die A. E. G. durch die Kombination mit Linde-Hofmann nun auch noch die Richtung hin ihre Rohstoffversorgung sichergestellt. Es ist eine Verbreiterung des ersten Elektro-Montant-Traktats geschaffen worden, den die A. E. G. durch die Vereinbarung mit Felten-Wurbach abgeschlossen hatte. Die A. E. G. besitzt bereits in Mitteldeutschland, meistens in der Richtung nach Leuchhammer hin, Interessen durch die A. E. G., die dort an Braunkohle beteiligt ist. Die Verhältnisse in der deutschen Industrie schreitet also mit Riesenschritten vorwärts.

Die Arbeiterschaft muß sorgsam darauf achten, gegenüber diesen Mischgebilden gewerkschaftlich vollkommend gerüstet zu sein.

Die Lage der Solinger Industrie

die erheblich schwieriger geworden ist, wird in einem Schreiben der Eisen- und Stahlwaren-Industriellenbesitzes Oberfeldo beleuchtet, welcher schreibt:

„Die Wirtschaftskrise reicht nun schon bis in den Sommer 1920 zurück. Das geringe Anzeichen des Geschickes vor Weihnachten hat in dem Verlauf der allgemeinen Krise eine Wende nicht hervorgerufen. Die verhältnismäßig geringe Verbilligung der schwarzen Ware hat bis jetzt noch keine Besserung des Marktes bewirkt. Die Schwierigkeiten in Solingen werden noch durch neue (unwissliche nicht ungerechtfertigte) Ann. v. Neb.) Gehalts- und Lohnforderungen vergrößert, die aber noch zu keinem Abbruch gekommen sind. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Lohnsteuer ebenfalls als schwerste Schädigung zu betrachten ist, weil alle Solinger Stahlwaren in Verbindung mit polierten, lackierten usw. in ausländischen Hölzern der Lohnsteuer unterliegen. Die Verschärfung der Schlägereien ist in letzter Zeit noch erheblich zurückgegangen. Der Eingang neuer Aufträge ist erschwerend gering. Deswegen betonte der Verband Solinger Schlägereibitzer-Vereine, daß die Vorbedingungen für eine Wiederbelebung in einer billigeren Preisgestaltung zu suchen seien (die wohl kaum auf Kosten der Arbeiterschaft möglich sein wird. Ann. v. N.)

Der Verband entschloß sich daher, als Bevollmächtigter seiner Mitglieder deren Bedarf an Rohmaterial nach Einholung von Offerten bei den betreffenden Werken und Firmen gemeinschaftlich in Auftrag zu geben. Der leitende Gedanke war, daß durch Sammlung und gemeinschaftliche Vergabung der Aufträge das bestmögliche Wert größerer Mengen der verschiedensten Abmessungen auf einmal anzubringen und dadurch rationaler und billiger produzieren könne als bei vielen kleinen Einzelaufträgen. Der Verband konnte in der Tat einen größeren Abschluß in Stahl zu wesentlich herabgesetzten Preisen unterbringen. Dabei ergab sich ein lebhafter Wettbewerb der Stahlfirmen, und, abgesehen von den Edellagerten, sanken sich die Stahlpreise innerhalb ganz kurzer Zeit so erheblich, wie kein Abnehmer noch vor vier Wochen es gehofft hätte. Das ermöglichte dem Schlägerei-Verband, schon jetzt trotz noch vorhandenen sehr großen Beständen an hochfertiger Lagerware und an neuer eingekauftem Rohmaterial, eine starke Senkung der Preise derjenigen Halbfertigzeugnisse, deren Herstellung die Verbilligung des Rohmaterials argulte kommen wird. So wurden die Preise für Messer und Gabeln, Scheren und Taschenmesser erheblich herabgesetzt. Auch schwarze Raiermesserklingen wurden billiger, was gleich für diese Rohmaterialpreise eine Verringerung noch nicht erfahren haben.

Ob die Verbilligung wirklich zu der erhofften Wiederbelebung des Geschäftes führen wird, bleibt abzuwarten.

Englische Arbeitslosigkeit.

In England waren 6,1 Prozent der Industriearbeiter beschäftigungslos. Seitdem ist der Prozentsatz bedeutend gestiegen; die Zahl der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden muß auch in Rechnung gestellt werden. Es wird daran erinnert, daß sich der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in England 1903 auf 2,1 Prozent, 1908 auf 6,6 Prozent belief; — ein schwacher Trost, — in Deutschland rund 5 Prozent.

Von der Valuta des Auslandes

Es sind die drei Staaten: die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Mexiko, deren Valuta der Goldwert entrichtet...

Abfassung und Preisrückgang

In Cheffisch (Gnaland) wurden die Eisen- und Stahlwerke wegen der drohenden Anknüpfung von Vorkosten stark herabgesetzt...

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 6. März der 11. Wochenbeitrag fällig...

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:
Kasse nach 1. Februar: 1. Klasse 5 Mark, 2. Klasse 4 Mark...

Saarbrücken: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 3 M., Jugendklasse 2 M., Lehrlingsklasse 1 M.
Durlach: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 2,50 M. ab 11. Beitragswoche.

Verbandsgebiet

Neustadt i. Schwarzwaldb. Die hiesige Ortsgruppe hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Der Jahresbericht konnte konstatieren, daß es mit unserer Bewegung auch auf dem Schwarzwaldb. vorwärts geht...

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt unser Kollege Hedrich, Billigen, einen Vortrag und betonte die Wichtigkeit eifrig zu arbeiten, damit die Essener Bezirksstelle auch auf dem Schwarzwaldb. durchzuführen werden...

Essenbach a. M. (Ortsberichterstattung). Kürzlich fand unterbischöfliche Jahresgeneralversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute...

Gelsenkirchen. In unserer Jahres-Hauptversammlung, die am Sonntag, den 21. Januar stattfand, gab Kollege Billeus den Jahresbericht, dem wir folgenden entnehmen:

am die Zeit der Schulentlassung eine reze. Naitation in und außerhalb der Betriebe ein, um die Schulentlassenen für unseren Verband zu gewinnen...

Am Reich der Vermittlungsstelle und ihrer Ortsgruppen wurden abgehalten: 11 öffentliche, 240 Mitglieder, 203 Betriebsversammlungen und 451 Sitzungen und Konferenzen waren die Geschäftsführer beteiligt.

Am 20. Oktober kam es in der Gewerkschafts- und Arbeitervereine in der Gemarkung ein auf 20 Dammeln, speziell für Betriebsvereinsmitglieder bestimmt, vorausgegangen.

Neben der mündlichen Propaganda und Aufklärung wurde die schriftliche, also nur mündlich, betrieben. Von den vom Gesamtverband und unserer Verbandshauptstelle herausgegebenen Broschüren wurden insgesamt 27065 Mark umverteilt...

Klubblätter wurden insgesamt 42415, zum Teil unter die Mitglieder und zum anderen Teil dem Inhalt und Zweck entsprechend unter die Masse neuverteilt.

Nachdem am 20. Februar 1920 das Betriebsrätegesetz zur Annahme gelangt war, folgten auch in unserem Bezirk die dazu notwendigen Wahlen. Wir konnten mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein...

Die Aufgabe unseres Verbandes, die materielle Hebung des Arbeiterstandes herbeizuführen, wurden wir neben anderem in 6 Ortsbewegungen gerecht. Von diesen verliefen 58 friedlich, in 3 Fällen kam es zu Angriffskämpfen...

Den Verhältnissen Rechnung tragend wurden für die Gehilfen und Arbeiter im Kleinvertrieb die Löhne in Reihenabschnitten erhöht. Für die Redemetalldreher wurden auch im Reichsindustrie mehrere Lohnbewegungen gemacht...

Kollegen! Unser Vorlag an der Schwelle des neuen Jahres sei das von den alten Führern Ererbte fortlaufend zu machen und zu fördern in dem Sinne, wie 3 unsere Kongresse verlangten, Vorwärts, aufwärts!

Branchenbewegung

Schmiede.

Sachliches. In der Nr. 3 unseres Verbandsorgans brachten wir unter Branchenbewegung einen Artikel, der in der Zeit „Der Deutsche Schmiedemeister“ veröffentlicht wurde...

Zu meiner Erinnerung kann ich mitteilen, daß ich schon seit längerer Zeit gewarnt bin, aber 18-21 Dutzende von Pfeilen 26x12x20, mit einer Länge von 8 und 10 Böden, habe ich in meiner Jugendzeit fast alle Jahre im Winter gemacht...

Lehrling als überflüssig erachtet. Natürlich können solche Arbeiten nur von selbständigen Meistern, die Interesse an der Arbeit haben, ausgeführt werden...

Da nun dieses Thema angeschnitten ist, so möchte ich hierher hervorheben: Ermüdet wäre es, zu wissen, ob sich noch ältere Kollegen erinnern können, auf einen Zeitungsartikel aus der achtziger Jahre...

Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften.

Essen. Die Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften (Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften) sind in der letzten Zeit sehr aktiv gewesen...

Am 19. Januar sind die am Teil schon seit Mai 1919 bestehenden, Verbandsbestimmungen des Essener Bezirks abgeändert worden...

Als Löhne werden vergütet für Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften für die Arbeitsstunde:

- in Klasse A M. 7.-
in Klasse B M. 6.30
in Klasse C M. 5.20
in Klasse D M. 4.50

Zur Klasse A gehören diejenigen Gehilfen, deren Leistungen bei Durchschnitt übersteigen.

Zur Klasse B gehören diejenigen Gehilfen, deren Leistungen bei Durchschnitt zurechnen sind.

Zur Klasse C gehören diejenigen Gehilfen, deren Leistungen unter dem Durchschnitt bleiben.

Zur Klasse D gehören diejenigen Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit, wenn sie nicht schon bereits Leistungen aufweisen, die den Ansprüchen der übrigen Klassen genügen.

Wo der Gehilfe das Vertriebsstellen muß, sind dem Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften monatlich 10 M., dem Goldschmiedegewerkschaften monatlich 4 M. zu vergüten.

Un Urlaub wird gewährt:

- nach 3jähriger Tätigkeit 3 Tage,
nach 4jähriger Tätigkeit 6 Tage,

von da ab steigend pro Jahr um 2 Tage bis zur Höchstzahl von 14 Tagen. Bei Stellungswechsel, einerlei ob der Gehilfe gesundlich wird oder selbst kündigt, ist der ausstehende Urlaub zu gewähren...

Es liegt jetzt an den Uhrmacher- und Goldschmiedegewerkschaften, Essen zu zeigen, daß der Tarif in allen seinen Paragraphen auch wirklich durchgeführt wird. Dazu ist aber notwendig, daß die Kollegen nicht als bisher eifrig die Versammlungen besuchen und dafür Sorge tragen, daß die noch fernstehenden Kollegen unserem Verbande zugeführt werden.

Mehrere selbständige Karosseriespänngler sowie jüngere Blechschlosser und Spänngler

welche sich im Karosseriefach einarbeiten wollen, werden sofort für zuvernd aufgenommen. Ausführliche Zuschriften mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit, sowie Zeugnisabschnitten sind zu richten an die Oesterreichische Wallenfabriks-Gesellschaft, Automobil-Abteilung S.eyr Ob. Oestl.

Hans Eschelbachs Werke

- Der Volkserzähler, historischer Roman, geb. M. 27.50
Ihm nach, Christenroman, geb. M. 24.20
Die beiden Werke, brosch. M. 4.80 geb. M. 7.20
Der Wasserkopf, Lebensgesch. eines Kindes, brosch. M. 6.-, geb. M. 8.40
Sommerfänge, Gedichtband, geb. M. 10.80
Neuersehene, Sonnenschnur. Der beste deutsche Arbeiterroman, brosch. M. 22.-, geb. M. 27.50

Gegen Voreinsendung des Betrages durch die Buchhandlung Peter Kleis, Hilden Rhld.